

Referenz

Fachanwalt für Strafrecht: Falsche Angaben zur Erschleichung eines Aufenthaltstitels

26. Januar 2022: Nach Scheinehe - Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Zahlung einer Geldauflage

Die Staatsanwaltschaft Berlin ermittelte gegen mehrere Personen, denen vorgeworfen wurde, Vietnamesen eine unberechtigte Aufenthaltserlaubnis verschafft zu haben, indem sie Frauen für Scheinehen oder Vaterschaftsanerkennungen vermittelt haben sollen. Auch der Name unserer Mandantin stand in dem Geschäftsbuch von einem Mitglied der Bande, sodass ein Ermittlungsverfahren gegen unsere Mandantin wegen des Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz eingeleitet wurde. Sie soll einen Vietnamesen in Dänemark gehiretet und nie mit diesem zusammengelebt haben. Dafür soll sie einen höheren vierstelligen Geldbetrag erhalten haben.

Nachdem unsere Mandantin mit der Vorladung als Beschuldigte von der Polizei zu Rechtsanwalt Dietrich kam, zeigte sich dieser umgehend als Verteidiger an. Er forderte die Ermittlungsakte an und besprach diese ausführlich mit unserer Mandantin. Da Rechtsanwalt Dietrich ahnte, dass die Staatsanwaltschaft das Verfahren nicht ohne weiteres einstellen würde, wandte er sich auch persönlich an die Staatsanwaltschaft. Zudem verfasste er einen umfangreichen Schriftsatz, in dem er die Schwachstellen der Ermittlungen herausarbeitete und aufzeigte. Die Staatsanwaltschaft zeigte sich schließlich bereit, das Verfahren gegen unsere bislang nicht vorbestrafte Mandantin gegen einen Geldbetrag einzustellen. Ihr hätte andernfalls eine Geldstrafe gedroht, die mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht nur im Bundeszentralregister, sondern auch im Führungszeugnis eingetragen worden wäre.